



KOMMENTAR

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Die flexiblen Konsumenten

Die „stillste Zeit im Jahr“, die Weihnachtszeit, ist vorbei. Alles sprach von Ruhe und Besinnlichkeit. Doch was wäre Weihnachten im Kapitalismus ohne Geschenke? Die Geschäfte haben extra länger offen, sogar nachts kann man einkaufen. Aus Besinnlichkeit wird Einkaufshektik. Doch damit nicht genug. Wenn es ums Einteilen des Haushaltsbudgets geht, kommt ein Stressfaktor hinzu: In Zeiten des Taschenrechners kann sich nämlich jede/r leicht ausrechnen, wie viel man um 1.500 Euro einkaufen kann. Nicht so leicht ist es allerdings, diese 1.500 Euro auf die neuen Ladenöffnungszeiten aufzuteilen.

Interessant ist dabei, dass der Handel enttäuscht ist, wenn die erwarteten Umsatzsteigerungen nicht eintreten. Obwohl er auch Zugang zum Taschenrechner hätte. Würde er bei seinen Berechnungen nämlich Lohnentwicklung und Kaufkraft berücksichtigen, ließe sich folgende Schlussfolgerung relativ leicht treffen: Es kommt darauf an, wie viel die Konsumenten zur Verfügung haben und nicht, zu welchen Zeiten sie es ausgeben können.

Man könnte also die Ladenöffnungszeiten durchaus auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Und bei einer halbwegs klugen und rücksichtsvollen Einteilung der Arbeitszeiten könnte man die besinnliche Zeit wirklich allen zukommen lassen, auch den Familien der Handelsangestellten.

Ihr Peter Scherz

MAGERE LOHNABSCHLÜSSE

Real weniger in der Tasche

Die Brüsseler EU-Beamten bekommen eine Gehaltserhöhung von 3,7 Prozent. Davon können die heimischen Werk­tätigen nur träumen.

Mit 1,45 Prozent auf die Ist-Löhne und 1,5 Prozent auf die Kollektivvertragslöhne hat in Österreich wieder einmal die Metallindustrie in der Herbstlohn­runde den Ton angegeben. Danach schlossen die Handelsangestellten ebenso wie die ASVG-Pensionisten mit einer 1,5-prozentigen Steigerung der Bezüge ab.

Die Lohnverhandlungen sind wieder einmal ohne Abstimmung mit den unmittelbar betroffenen Beschäftigten über die Bühne gegangen. Die Fachgewerkschaften haben es trotz Demokratisierungsversprechen des ÖGB neuerlich nicht für notwendig gehalten, die Lohnforderung gemeinsam mit den Betroffenen zu entwickeln.

Eine demokratische Wende in der Erarbeitung der Lohnforderung hätte mehrere Faktoren zu berücksichtigen: Da wäre der Rückgang der Lohnquote (Anteil der Werk­­tätigen am Volkseinkommen) von 62 Prozent im Jahr des EU-Beitritts 1994 auf nur 55 Prozent im Jahr 2008 – ein Beweis für die laufende Umverteilung von unten nach oben.

Statt auf die aktuelle Inflationsrate zu starren, müsste der Kaufkraftverlust in der abgelaufenen Periode berücksichtigt werden, der zwischen Juli 2008 und 2009 1,5 Prozent ausgemacht hat. Dazu gehören die Lohn- und Gehaltsabhängigen an der weiteren Steigerung ihrer Arbeitsproduktivität beteiligt. Schließlich wäre

flickr/miss retro modern



Arbeit: Die Produktivität steigt nicht nur am Fließband enorm, die Gehälter hinken nach.

zu berücksichtigen, dass die Werk­­tätigen nicht den Brutto- sondern den Nettobezug auf die Hand bekommen. Ob eine reale Lohnsteigerung erzielt wurde, stellt sich immer erst nach Abzug der Sozialabgaben und der Lohnsteuer heraus.

Bei Foglar einfordern?

Zieht man Bilanz, so haben die Gewerkschaften den Beschäftigten zwar keine nominelle aber eine reale Null-

Lohnrunde beschert. Im Vorfeld der Verhandlungen hatte der ÖGB in der „Solidarität“ vor dieser Entwicklung gewarnt und darauf hingewiesen, dass jedes entgangene Lohn- oder Gehaltsprozent DurchschnittsverdienerInnen in zehn Jahren einen Betrag von rund 7.000 Euro kostet. – Können ÖGB-Mitglieder die entgangenen Beträge nun bei Kollegen Erich Foglar einfordern?